

Wer reitet die Krise?

*Eine Krise kann jeder Idiot haben,
was uns zu schaffen macht, ist der Alltag.*
Anton Tschechov

Wie ein Tsunami schlug sie ein. Rasend schnell und heftig. Seit Jahrzehnten hatte keine Krise des kapitalistischen Systems derart gewütet. Sie ist keine Naturkatastrophe, doch wird sie seit dem Anfang unterschätzt. Das, obwohl namhafte Ökonomen längst vor dem Platzen der Spekulationsblase gewarnt hatten. Doch die Warnungen verpufften irgendwo im All. Erst redete man die Krise als Immobilienkrise klein. Dann unterschätzte man sie als Bankenkrise und schliesslich als Finanzkrise. Und schon riss der Kreditsturm die Realwirtschaft in die Tiefe.

Welche Krise? In den ersten Monaten war das die meist gestellte Frage. Sie meinen die Immobilienkrise in den USA? Was hat die denn mit uns zu tun? Welche Krise? Sie meinen den Crash der us-amerikanischen Investmentbank Lehmann Brothers Inc.? Keine Panik, unsere Grossbanken sind seriös und stark! Quasi Trutzburgen in der Brandung. Präzision, Made in Switzerland, Sie verstehen? Krise? Welche Krise denn?

Es darf nicht sein

›La crise n'existe pas«. So titelte die Weltwoche am 16. Oktober 2008 auf ihrer Frontseite. Und gab Entwarnung: Der Finanzmarkt habe sich entkrampft. UBS und CS seien wieder auf dem Vormarsch. Man wolle nicht in Übermut verfallen, beruhigte Chefredaktor Roger Köppel auch in seinem Editorial, »aber mit Blick auf die Schweiz bleibt Zuversicht erlaubt. Die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse, zum Beispiel, könnten als grosse Gewinner aus dem Schlamassel hervorgehen«. In dieselbe Kerbe schlug in der gleichen Weltwoche Gerold Bühner, freisinniger Chef der Economiesuisse. »Das schweizerische Bankensystem und auch der Werk- und Dienstleistungsplatz widerstehen dem Sturm einmal mehr«, bluffte er.

Pech nur, dass just am selben 16. Oktober die Nationalbank eine Mitteilung zu machen hatte, welche die Schweiz verändern sollte. 68-MILLI-

ARDEN-RETTUNGSPAKET FÜR DIE UBS! In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hatten die Banker der UBS und ihre Freunde in der Bankenkommision und im Finanzdepartement die grösste Finanzspritze

Marie-Josée Kuhn

Marie-Josée Kuhn ist seit 2002 Chefredaktorin der Gewerkschaftszeitung work und war zuvor Bundeshausredaktorin der Wochenzeitung WOZ.

aller Zeiten beschlossen. Hinter dem Rücken von Volk und Parlament und mit Hilfe von Notrecht. 68 Milliarden Franken, das sind 11 Milliarden mehr als der gesamte Bundeshaushalt – und nicht einmal der Chef der Banken-Kuschlerin Economiesuisse hatte davon gewusst. 68 Milliarden Franken, damit könnte sich die ganze Schweiz bis 2078 frühpensio- nieren lassen – aber kein Bundesrat, keine Bundesrätin, zog lautstark die Notbremse. Auch nicht die beiden Sozis.

Es gibt keine Krise: Dass sich die Weltwoche diese publizistische Pleite geleistet hat, mögen wir dem rechten Pennäler-Kampfblatt gönnen. Doch das ist (psycho-)analytisch nicht der Punkt. Was nicht sein darf, ist nicht. Das ist der Punkt. Man nennt es auch Verdrängung. Oder Ver- leugnung. An bedenklichem Realitätsverlust litt und leidet in dieser Kri- se nicht nur die Weltwoche. Auch Wirtschaftsministerin Doris Leuthard wollte es lange nicht wahrhaben. Im August 2008 versprach sie uns: Es gibt keine Rezession. Dann, als die ersten Zeichen nicht mehr wegzure- den waren, verfiel die Christdemokratin in tiefes Schweigen. Deshalb gab die SP im Oktober, als die Exporte schon seit zwei Monaten weg- brachen, eine Suchanzeige auf: »Vermisst wird Doris Leuthard. Sie ist inmitten der tobenden Finanzkrise seit Tagen unauffindbar.« Ende No- vember dann fand Leuthard ihre Sprache endlich wieder: »Die Schweiz ist noch nicht in der Krise«, sagte sie. Die Krise war damals schon in der Realwirtschaft angekommen.

Was nicht sein darf, ist nicht. Es darf nicht sein, dass der Markt sich nicht selber reguliert. Denn das erste Gebot des Neoliberalismus' lautet: Der Markt reguliert sich selber. Und seit die marktliberale Gegenreform zu Beginn der 1970er-Jahre rollt, bevölkert sie mit ihren Glaubenssätzen immer mehr Köpfe. WENIGER STAAT – MEHR FREIHEIT. WAS FÜR DEN FINANZPLATZ GUT IST, IST GUT FÜR UNS ALLE. THERE IS NO ALTERNA- TIVE – ES GIBT KEINEN ANDEREN WEG (Margaret Thatcher). Und da kommt so eine Krise daher und zerfetzt all diese marktgläubigen Sprüche in der Luft. Plötzlich brauchen die Finanzmärkte Billionen aus Steuergeldern, um nicht zusammenzubrechen. Plötzlich rufen jene, die sie verhunzten und aushungern wollten, flehend nach dem rettenden Staat. »Das wars, Neoliberalismus«, ruft der US-Ökonom und Nobel- preisträger Joseph Stiglitz. Und plötzlich sind Alternativen zum Kapi- talismus wieder denkbar.

Solidarität statt Kapitalismus

Schlag auf Schlag reisst die Krise Löcher in die alte Ordnung. Das (neo- liberale) Brett vor dem Grind erhält Risse und gibt die Sicht frei. Wir ler- nen: Totgesagte leben länger. Zum Beispiel John Meynard Keynes: Auf

einmal ist jeder wieder ein Keynesianer und trauert dem Rheinischen Kapitalismus nach. Und plötzlich ist Ökonomie wieder Volkswirtschaft und nicht nur Betriebswirtschaft. Wer zwischen Kapital und Arbeit unterscheidet und diese auch noch als Gegensatzpaar versteht, muss neuerdings nicht gleich zum Psychiater. Er darf darüber (und über andere systemkritische Fragen) sogar im Magazin eine fünfteilige Serie schreiben. So wie der Publizist Roger de Weck. Als Chefredaktor des Tages-Anzeigers war er nicht eben als Progressiver bekannt. Heute jedoch sagt er: »Fährt der Kapitalismus fort, das Kapital zu bevorzugen und die Arbeit zu benachteiligen, wird er wirtschaftlich und politisch krisenanfälliger.« So dürfe es nicht weitergehen.

Aus Saulusen macht die Krise Pauluse. Zum Beispiel aus Heiner Geissler, dem ehemaligen Generalsekretär der CDU. »Freiheit statt Sozialismus« forderte der rabiat-konservative Antikommunist einst. »Solidarität statt Kapitalismus« verlangt er heute. Und lockt in Deutschland Massen zu seinen Vorträgen. Was den Linken während Jahrzehnten nicht gelang, erledigt die Krise offenbar im Nu. Peng: Ospel & Co. stürzen als Versager und Abzocker-Könige vom Thron. Peng: Das Schweizer Bankgeheimnis wird als Steuerhinterziehungs-Geheimnis gelüftet. Peng: Die Schweiz entpuppt sich als Schweiz AG. Die bürgerlichen Parteien sind von den Banken und der Pharma gekauft. Und im Bundesrat regiert die UBS-Connection.

Die Gretchenfrage

Was hätte die heuchlerische Schweizer Krämerseele besser entlarven können als der Steuerstreit mit Deutschland? Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung: Bschiss ist Bschiss, sagen die Deutschen. Wo der Kavallerist Recht hat, hat er Recht. Doch der Bundesrat (inklusive die Freundin der Genfer Privatbankiers, Aussenministerin Micheline Calmy-Rey) reagiert nach altem Schweizer Rezept: Aufplustern, Kopf in den Sand stecken und abwarten. Und die SVP klatscht Beifall und beschimpft den deutschen Finanzminister Peer Steinbrück als Nazi. Das Steuerhinterziehungs-Geheimnis darf nicht fallen. Denn es war und ist ein Jahrhundertgeschäft. So wie das Söldnertum zuvor.

»Point d'argent, pas de Suisse«, hiess es in Europa schon im 17. Jahrhundert. Ohne Geld keine Schweizer. Oder: Wo kein Geld ist, sind auch keine Schweizer. Das Bankgeheimnis als Fortsetzung der Söldnerei: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts schickt die Schweiz nicht mehr Söldner ins Ausland, sondern Banker, Geld und Kriegsmaterial. Im Ausland hat man deshalb den Eindruck, die Schweizer Neutralität und das Bankgeheimnis dienen vor allem dazu, rücksichtslos und aus reiner Gewinn-

sucht möglichst gute Geschäfte zu machen. Krise sei Dank, haben denselben Eindruck jetzt auch immer mehr Leute im Inland.

Und nicht nur den. Die bürgerlichen Parteien sind käuflich. Auch das hat uns die Krise ins Bewusstsein zurückkatapultiert. FDP-Finanzminister Hans-Rudolf Merz spielt den Hanswurst für die UBS im Bundesrat. Von 1974 bis 1977 stand er im Sold der Grossbank und lernte dort auch Oberst i. Gst. Eugen Haltiner kennen und schätzen. Bundesrat Merz hievte Haltiner später an die Spitze der Bankenkommission. Heute ist Haltiner der oberste Bankenkонтроleur der Schweiz. Zusammen mit Kumpel Merz erteilt er der UBS gerne Freibriefe. Darum dachten die beiden (im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen) nicht einmal im Traum daran, die 68-Milliarden-Finanzspritze an harte Bedingungen zu knüpfen.

Die Bürgerlichen und ihre Welt werden zünftig entmystifiziert. Die Krise leistet da ganze Arbeit. Entlarvungsarbeit zu Gunsten der Linken, könnte man hoffen. Das realisieren auch die Vertreter der alten Ordnung. Sie wehren sich mit Händen und Füssen. Zum Beispiel der ehemalige freisinnige Finanzminister und heutige UBS-Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger. Im Interesse der Grossbank kämpft er wie ein alter Löwe gegen eine Deckelung der UBS-Löhne. Obwohl klar sichtbar ist, welchen Schlamassel die Abzocker-Ospels angerichtet haben, sagt er, ohne rot zu werden: »Wir müssen aufpassen, dass nicht im politischen Raum von den Laien etwas falsch gemacht wird. Die Profis wissen schon, was zu tun ist.« S ALTE MUES ME BHALTE!

Das Ancien Régime denkt nicht daran, abzudanken. Es lässt sich nicht in seinen Kapitalismus spucken. Umso weniger, als die Krise bisher faktisch in seinem Interesse gewirkt hat. Als grosse Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Stichwort UBS-Finanzspritze: Während die Steuerzahlenden beim 68-Milliarden-Deal unfreiwillig ein maximales Risiko eingegangen sind, riskieren die Verursacher des UBS-Absturzes gar nichts. Stichwort Unterdeckung bei den Pensionskassen: Für die Sanierung bezahlen sollen allein die Arbeitnehmenden. Stichwort Arbeitsmarkt: Die Aussichten sind zappenduster, es droht eine Arbeitslosigkeit, wie sie die Schweiz noch nie gesehen hat. Stichwort Bundeshaushalt: Wegen Mindereinnahmen bei den Steuern und weiteren Steuergeschenken für die Reichen und Superreichen haben UBS-Minister Merz und die Kantone schon massive Sparprogramme angekündigt. Stichwort Lohnpolitik: Für den Lohnherbst 2009 propagieren einige Arbeitgeber schon Lohnsenkungen.

Unmittelbar nach dem Finanzcrash gingen die Marktfetischisten zwar erstmal in Deckung. Die Zeiten waren denkbar schlecht für ihr »Macht

aus dem Staat Gurkensalat!«. Doch schon kriechen sie wieder aus ihren Löchern und warnen vor einer »Neo-Planwirtschaft«. So wie Andreas Durisch, Chefredaktor der Sonntagszeitung. La crise n'existe pas: ES GIBT KEINE KREDITKLEMMEN. INVESTITIONSPROGRAMME BRINGEN DER EXPORTINDUSTRIE NICHTS. DER STAAT HAT IN DER PRIVATWIRTSCHAFT NICHTS ZU SUCHEM. Die alte Schweizer Krämerseele fährt wieder einmal Trittbrett: Lasst die anderen die Konjunktur stützen und sich verschulden! Wenn der Aufschwung kommt, werden wir beim Profitieren die Ersten und Besten sein. Abwarten und Tee trinken. Und dann weiter im Text, wie gehabt. Das wollen Merz, Leuthard, Villiger, Bühler, Köppel & Co. Die Gretchenfrage lautet deshalb: Wer reitet die Krise? Einer wird gewinnen. Die Rechten und Neoliberalen hoffen, dass es nicht die Linke sein wird. Bis jetzt haben sie leider erfolgreich gehofft. Zwar denken Linke und Gewerkschaften über den (ökosozialen) Umbau des Kapitalismus nach. Zwar präsentieren sie gute Ideen über einen radikalen Umbau des Finanzplatzes oder der Sozialversicherungen. Zwar hat sich das Fenster zu einer sozialeren Schweiz weit geöffnet. Aber: Wie lange wird es noch offen sein?

Bern, im Juli 2009